

Prof. Dr. Dagmar Herzog war im Dezember zu Gast in der Reihe „100 Jahre Frauenstimmrecht – 50 Jahre Autonome Frauenbewegung“ des Cornelia Goethe Centrums.

Der UniReport konnte ihr einige Fragen zu ihrem Vortrag „Feminismen und Sexualpolitik – Die #Metoo-Bewegung und ihre Kritiker*innen“ stellen.

UniReport: Frau Prof. Herzog, 100 Jahre Frauenwahlrecht, 50 Jahre Autonome Frauenbewegung: Man könnte meinen, dass die Rechte von Frauen heute fest etabliert und unverrückbar sind, zumindest in den westlichen Demokratien. Wie sehen Sie das?

Prof. Dagmar Herzog: Scheinbar ist es ein ständiger Kampf. Es ist viel gewonnen worden, aber es gibt auch immer wieder viel zu tun. In ansonsten sehr diversen Ländern erleben wir momentan eine offensichtlich starke Sehnsucht nach einer Re-Etablierung der Geschlechterhierarchie (das ist mit ein Grund, warum die Rechte erstarkt – ob in Brasilien oder Ungarn). In den USA gibt es gerade einen massiven Backlash gegen die weibliche sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung; nicht nur jedes Jahr mehr gesetzliche Einschränkungen im Abtreibungsrecht, sondern auch durch eine Erschwerung des Zugangs zu Kontrazeptiva. Trumps allererste Handlung nach den Zwischenwahlen war, Arbeitgebern die Möglichkeit einzuräumen, aufgrund „religiöser oder moralischer Bedenken“ die Finanzierung von Verhütungsmitteln in der Gesundheitsversicherung ihrer Arbeitnehmerinnen zu verweigern. Und das Härteste ist die Kürzung der staatlichen Wohlfahrtsleistungen, auf die weit mehr Frauen als Männer angewiesen sind. Das hat die feministische Journalistin Susan Faludi veranlasst zu bemerken, „Patriarchen stürzen vom Sockel, aber das Patriarchat ist stärker denn je.“ Das ist schon ein beachtenswerter Punkt. Ohne wirtschaftliche Selbstständigkeit und Kontrolle über den eigenen Körper ist es mit der Freiheit nicht weit her. Dazu kommt: Die Armut greift weiter um sich. Alleinverdienende Frauen mit Kindern haben es gerade besonders schwer.

Die #Metoo-Bewegung hat im letzten Jahr weltweit den Blick auf sexuelle Übergriffe und sexistische Praktiken gelenkt. Was hat die Bewegung Ihrer Ansicht nach erreicht?

Fortsetzung von Seite 16

Die Frankfurter Friedensforschung hat viel von der Auseinandersetzung mit der Frankfurter Schule profitiert. Habermas ist ihr zweifellos näher als Carl Schmitt. Im internationalen Vergleich würde ich sie eher der kritischen als der liberalen Friedensforschung zuordnen. Aber das sind nur Etiketten, auf die man vielleicht lieber verzichten sollte.

Lehre war Dir als regulärer Professor und ist Dir nun als Seniorprofessor immer wichtig. Du hast nicht nur unzählige Seminar- und Abschlussarbeiten, sondern auch sehr viele Dissertationen betreut. Warum engagierst Du Dich hier so sehr?

Weil mir das eine immer neue Chance bietet, mein eigenes Nachdenken über die Probleme von Krieg und Frieden zu überprüfen und Wissenschaft als gesellschaftliche Praxis zu erleben. Ich bin dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften dankbar, dass ich das so lange über die Pensionierung hinaus tun können.

Die Fragen stellten
Tanja Brühl und Hendrik Simon.

Rückkehr der Geschlechterhierarchie?



Foto: Mandy Gratz

Die Folgen sind schon beeindruckend. In den USA sind über 500 prominente übergriffige Männer angezeigt worden, 200 haben inzwischen ihre Elitepositionen verloren. Jeden Tag gibt es neue Enthüllungen – u. a. über die Schweigegelder, die von großen Institutionen (z.B. vom Sender CBS) über Jahre hinweg bezahlt worden sind. Wir bekommen ein Bild von der inflationären Selbstüberschätzung dieser Männer und ihrer selbstverständlichen Annahme, sie hätten Anspruch auf die Körper und die „liebessdienende“ Aufmerksamkeit ihrer Untergebenen. Und zunehmend wird es auch deutlich, dass es Übergriffigkeit in allen gesellschaftlichen Schichten gegeben hat und weiterhin gibt. Nicht nur Schauspielerinnen, sondern auch Hotelputzfrauen und Fast-Food-Köchinnen, Frauen in der Tech-Industrie und Frauen im Militär protestieren – und erreichen neue Rechte und Regelungen. In diversen Bundesstaaten gibt es neue Gesetze, die z.B. dem vormals obligatorischen betriebsinternen Schiedsverfahren ein Ende gemacht haben. Diese hatten meistens sowieso nur den Ruf des jeweiligen Unternehmens geschützt und nicht die Arbeitnehmerinnen, die ihre Kollegen oder Chefs anklagten. Und nicht zu unterschätzen: Es gibt allenthalben neue Sensibilität. Der Abschreckungseffekt – oder wenigstens das Wissen, dass schlechtes Benehmen auffliegen könnte und dass das auf einmal nicht mehr gut aussieht – wird, so hoffen es die Aktivistinnen, die Missbrauchsraten verringern.

Gibt es auch Widersprüche innerhalb der Bewegung, wie ist diese in ihrem Verhältnis zur Feminismus-Tradition einzuschätzen?

Es ist nicht so sehr, dass die Bewegung in sich widersprüchlich ist, sondern es gibt zwei andere Probleme. Das eine ist, dass doch sehr viel in einen Topf geschmissen wird. Lappalien werden mit aggressiver Drangsalierung vermengt. Das ist einerseits verständlich – denn es ist, wie der Transmann und Kulturkritiker Jack Halberstam sagt (Shakespeare nachgedichtet), reichlich viel „faul im Staate Heterosexualität.“ Eine Masse von Beschwerden wird überprüft. Aber das macht die Bewegung eben auch leicht zum Spottobjekt für ihre Gegner*innen. Das zweite Problem – schwerer anzugehen – ist die Instrumentalisierung. Die Belästigungen sind real. Aber sie sind auch instrumentalisierbar für andere, vor allem parteipolitische Zwecke. Wir sprechen in den USA von dem Phänomen des weaponizing – etwas wird zu einer Waffe umgeschmiedet. Krasse Beispiele wa-

Dagmar Herzog, Historikerin an der City University of New York, über den weltweit zu beobachtenden Backlash gegen weibliche Selbstbestimmung

ren in jüngster Vergangenheit zwei Fälle: der erzwungene Rücktritt des beliebten jüdischen Komikers und Senators aus Minnesota, Al Franken, im Januar 2018 und die Vereidigung zum Richter am höchsten Gerichtshof des katholischen Brett Kavanaugh im Oktober 2018. In beiden Fällen wurde heftig gestritten, ob die Taten „schlimm“ genug seien, um einen Mann seines Amtes zu entheben oder es ihm zu verwehren. Und bei beiden waren ganz offensichtlich die politischen Absichten weiterer Akteure Teil der Geschichte. Der Demokrat Franken musste gehen; die Demokraten wollten ihre „Null-Toleranz“-Reinheit beweisen, obwohl sein Vergehen eigentlich eine Bagatelle war. Im Gegenzug aber konnte Trump den Kavanaugh-Fall erfolgreich für sich wenden, indem er die Debatte auf das Thema die „Verletzlichkeit unserer Söhne“ verschob. Viele Frauen machten sich auf einmal Sorgen, wie es sein würde, wenn ein von ihnen geliebtes männliches Wesen – ob Ehepartner, Bruder oder Sohn – angeklagt wäre. Republikanische Frauen unterstützten zu 86 Prozent Kavanaugh; sie identifizierten sich stärker mit ihrer politischen Partei als mit ihrer Geschlechtsgenosin Christine Ford; sie verweigerten schlicht die Identifikation mit Ford. Das hat weniger mit konfligierenden feministischen Traditionen zu tun als mit dem Faktum, dass wir momentan in einem zutiefst gespaltenen Land leben und die Republikaner mit ihrer Manipulation der Medien geschickter sind.

In Deutschland hat man 2018 in vielen Diskussionen und Ausstellungen der 68er-Bewegung gedacht. War der Protest eher männlich dominiert und hat an patriarchalischen Machtstrukturen (zu) wenig gerüttelt, sind aus dem Mantra von Freizügigkeit und sexueller Freiheit neue Zwänge entstanden?

Ich finde, Liebe und Lust brauchen Freiheit. Und gebe auch zu bedenken: Die vorrevolutionäre Zeit war nicht gerade einfach für Frauen. Und wenn wir die LGBT-Bewegungen zur sexuellen Revolution dazuzählen, dann finde ich, die haben auch den heterosexuellen Beziehungen sehr gut getan. Ich bin keine Anhängerin der These, dass die sexuelle Revolution neue Zwänge gebracht hat – obwohl ich als Historikerin des Öfteren in den Quellen mit Schmunzeln gelesen habe, wie Männer sich verärgert geäußert haben, dass die Revolution neuen Druck gebracht hat, und zwar den Druck, doch etwas besser im Bett zu sein. Dass die Menschen oft verletztlich, verwirrt und konflikthaft in ihrer Beziehung zum Sexuellen sind, stimmt aber

auch. Es ist ein wichtiger Punkt im Leben der Menschen, aber eben auch ein wunder Punkt. Oder wenigstens ein sensibler. Daher auch die Leichtigkeit, mit der mit sexuellen Themen Politik gemacht werden kann. Aber dass wir jetzt allort Rollbacks erleben oder dass z. B. Frauenfeindlichkeit weltweit eine offensichtlich immer wieder erneuerbare Ressource ist, können wir wahrlich nicht den 68ern zur Last legen.

Die #Metoo-Bewegung ist in den USA entstanden, wie auch andere neuere emanzipatorische Diskurse wie der um die Political Correctness. Aus europäischer Sicht erscheinen die im akademischen Milieu geführten Debatten und die Politik des amerikanischen Präsidenten Trump in einem größtmöglichen Gegensatz. Wo liegen Ihrer Ansicht nach die Gründe für diese Polarisierung (wenn diese denn zutrifft)?

Ein Drittel des Landes, darunter auch eine Menge Frauen, findet Trump toll. Da kommt vieles zusammen: Identifikation mit einem angestrebten Ideal der Macht und des Reichtums, Verachtung gegenüber Wohlfahrtsabhängigkeit, Rassismus gegenüber Lateinamerikaner*innen und Afroamerikaner*innen, evangelikale Abtreibungsgegnerschaft, Bewunderung, wie Trump es schafft, so offen korrupt und aggressiv zu sein und den Demokraten immer wieder eins auszuwischen. Es kann sein, dass er noch in diesem Jahr zu Fall kommt. Das wäre ein Segen, und dann würden sich auch viele seiner gegenwärtigen Unterstützer*innen gegen ihn wenden. Aber momentan sitzt er noch fest im Sattel. Und der rechtsradikale Putsch, der vor unseren Nasen abläuft (z.B. wird unter seiner Regie die ganze Richterschaft Stück für Stück mit Rechtslastigen besetzt und das hat möglicherweise Konsequenzen auf Jahrzehnte hinweg), kann auch ohne ihn weitergehen.

Das akademische Milieu ist en gros tatsächlich liberaler als die Durchschnittsbevölkerung. Es gibt Ausnahmen, es gibt politisch rechtsorientierte Akademiker, die den Mächtigen ihre Dienste anbieten. Und manch ein ehemaliger Liberaler geriert sich nun konservativer und/oder kommt in Versuchung, Sponsoring von recht konservativen Stiftungen anzunehmen – mit vorhersehbaren Konsequenzen für den Inhalt der vertretenen Ideen. Aber meistens gilt weiterhin: Bildung macht liberaler.

Zugleich muss konstatiert werden: Das akademische Milieu ist unter zunehmendem Druck, besonders seit der Wirtschaftskrise 2008, dessen nachhaltige schlimme Folgen wir noch intensiver zu spüren bekommen werden. Im Gegensatz zu Deutschland werden die Universitäten kaum mehr vom Staat finanziert, sondern leben von Studiengeldern, Stiftungsgeldern, Dotationen. Immer mehr wird in rechtsorientierten Medien argumentiert, dass eine Uniausbildung unnützlich ist. Natürlich stimulieren die rechten Medien das Ressentiment gegen die angeblich von der Wirklichkeit abgehobenen, sich übermäßig um Political Correctness-scherenden Profs und Studis. Das ist Quatsch – es ist ein völlig verzerrtes Bild. In Univeranstaltungen wird der Stoff behandelt – ob in Chemie oder in Geschichte. Aber solche Lügen haben Folgen.

Fragen: Dirk Frank

Der Vortrag von Prof. Dagmar Herzog wird in den CGC Online Papers des Cornelia Goethe Centrums publiziert werden.